

Günter Heidorn

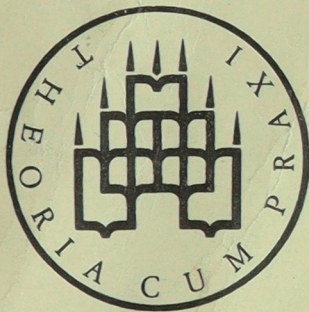
25 Jahre Deutsche Demokratische Republik : Rede des Rektors auf dem akademischen Festakt der Universität Rostock am 4. Oktober 1974

Rostock: Rostock: Universität Rostock: Ostsee-Druck Rostock, 1974

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817334506>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN



GÜNTER HEIDORN

25 Jahre
Deutsche Demokratische
Republik

UB Rostock

NMK
ZA
251
(1974,3)

3/1974

26 (1974,3)



Universitäts
Bibliothek
Rostock

[https://purl.uni-rostock.de
/rosdok/ppn1817334506/phys_0001](https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817334506/phys_0001)

Günter Heidorn

25 Jahre Deutsche Demokratische Republik

*Rede des Rektors auf dem akademischen Festakt
der Universität Rostock
am 4. Oktober 1974*



UB Rostock

28\$ 014 664 925



NMK-ZA 251(1974,3)

Universitäts-
Bibliothek
- Rostock -

ZA 4326(1974,3)

Redaktion: Abteilung Wissenschaftspublizistik der Universität Rostock
25 Rostock, Vogelsang 13/14, Fernruf 369 577

Verantwortlicher Redakteur: Dipl.-Ges.-Wiss. Bruno Schrage

Herausgegeben von der Universität Rostock
unter Genehmigungs-Nr. C 917/XII-74 II-7-1 1559

Druck: Ostsee-Druck Rostock, Betriebsteil Greifswald, Bereich Grimmen

Meine Damen und Herren!

Liebe Freunde und Genossen!

Viele unter uns erinnern sich sicherlich noch des historischen Jahres 1949. Für alle spürbar hatte sich im Winter 1948/49 die internationale Situation außerordentlich zugespitzt. Noch waren die Wunden des zweiten Weltkrieges nirgendwo vernarbt, und doch wurde die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer bedrohlicher. Der kalte Krieg drohte in den heißen umzuschlagen. Das war die Situation, in der sich die Spaltung Deutschlands vollzog, nachdem auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, die vom Februar-Juni 1948 getagt hatte, die USA, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten ihre sogenannten Londoner Empfehlungen verabschiedeten. Dabei ging es nicht nur um eine internationale Ruhrkontrolle unter Ausschluß der Sowjetunion, sondern auch um den Anschluß der französischen Besatzungszone an die anderen westlichen Zonen, die als Bi-Zone schon einen geläufigen Begriff trugen. Westdeutschland wurde in den Marshallplan und damit in die Restauration ganz offiziell einbezogen und mit der Bildung eines Parlamentarischen Rates beauftragt, der eine separate Verfassungsgebende Versammlung darstellte. Am 1. Juli 1948 erging dann die Direktive der drei westlichen Militärgouverneure zur Bildung eines separaten westdeutschen Staates, nachdem kurz vorher, am 20. 6. 1948, die separate Währungsreform einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte markierte. Es folgten die Koblenzer und Rüdeshheimer Konferenzen der westdeutschen Ministerpräsidenten, die im Auftrage der hinter ihnen stehenden deutschen Monopole nur allzugern ja sagten zu einem Auftrag, der im Mai 1949 zum Grundgesetz eines separaten westdeutschen Staates führte. Wenn ich diesen Ausgangspunkt für meine Betrachtungen wähle, dann einfach deshalb, um zu demonstrieren, was wir immer wieder hervorheben sollten, nämlich die chronologische Reihenfolge dieser Spaltung, weil sie

auf jene Kräfte hindeutet, denen die Angst vor den Volksmassen und die Furcht vor den Konsequenzen aus ihren Kriegsverbrechen im Nacken saß.

Aber das Jahr 1949 ist vor allem als ein historisches Jahr zu werten, weil sich in ihm auch jene andere Klassenlinie in der deutschen Nachkriegsgeschichte durchsetzte, die ihrerseits wieder in den progressiven Traditionen der revolutionären Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes wurzelte. So hatten wir nicht nur begonnen, die materiellen Trümmer, die der faschistische Krieg zurückgelassen hatte, zu beseitigen, sondern vor allem zu einer wirklichen geistigen Erneuerung angesetzt, die immer wieder, auch das muß hier gesagt werden, mit dem Blick auf ganz Deutschland geschah. Unmittelbar nach der Pariser Außenministerkonferenz der 4 Mächte erklärte das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erneut den Willen und die Entschlossenheit „mit allen Parteien, Organisationen, Vereinigungen und Personen, ohne Unterschied parteipolitischer oder weltanschaulicher Auffassungen, zusammenzuarbeiten. Die Vereinbarungen der Pariser Außenministerkonferenz werden auf dem Papier bleiben, wenn nicht der starke entschlossene Wille des deutschen Volkes dahintersteht.“ Im Osten Deutschlands konnten nunmehr aber die Volksmassen, von der Arbeiterklasse aufgerufen, ihren Willen frei zum Ausdruck bringen. Am 15. und 16. Mai 1949 fanden in der Sowjetischen Besatzungszone allgemeine und geheime Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 95 % stimmten zwei Drittel aller Wähler für die von den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen gemeinsam vorgeschlagenen Kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß und seine Ziele: die Sicherung der demokratischen Einheit Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages.

Wir wissen, daß die Lostrennung der drei Westzonen vom einheitlichen deutschen Nationalverband längst definitiv beschlossen war. Nachdem der Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates im Oktober 1948 bereits seinen Verfassungsentwurf veröffentlicht hatte, wozu aus der Bevölkerung viele tausend Vorschläge und Stellungnahmen ergangen waren, konnte der 3. Deutsche Volkskongreß eine Verfassung bestätigen, die den gesellschaftlichen Fortschritt im Ergebnis der revolutionären Umwälzung juristisch fixierte und von dem Grundsatz der Volkssouveränität ausging. Am 7. September konstituierten sich der Bundestag und der Bundesrat in Bonn,

am 21. September trat das Besatzungsstatut in Kraft, wodurch die Zerrei-
ßung der nationalen Einheit Deutschlands zum historischen Faktum ge-
worden war.

Erst jetzt, und alle Welt weiß das, faßten das Präsidium des
Deutschen Volksrates und der Demokratische Block in einer gemeinsamen
Sitzung am 5. Oktober 1949 den Beschluß, den Deutschen Volksrat zur
Provisorischen Volkskammer umzubilden und eine verfassungsmäßige Re-
gierung zu schaffen. Am 7. Oktober 1949 wurde unser Staat, wurde die
Deutsche Demokratische Republik gegründet, und wir, die wir diese
Stunden erleben durften, ahnten um die Gewichtigkeit dieses Aktes, wenn-
gleich wir zumeist noch nicht imstande waren, die ganze historische Trag-
weite zu erfassen. Doch um die Bedeutung der Gründung der Deutschen
Demokratischen Republik voll zu begreifen, um zu erkennen, warum es
sich tatsächlich um einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht
nur des deutschen Volkes handelte, darf man nicht nur auf die unmittel-
baren konkreten Bedingungen eingehen, die im Ergebnis der klassenmäßi-
gen Auseinandersetzung der Jahre nach der vernichtenden Niederlage des
Hitlerfaschismus just am 7. Oktober 1949 zur Proklamierung der Deut-
schen Demokratischen Republik geführt haben. Man muß eben jene Linie
verfolgen, die nur aus dem dialiktischen Wechselverhältnis von Welt- und
Nationalgeschichte, aus der Einheit des revolutionären Weltprozesses, zu
begreifen ist. Für uns wird die nationale Mission der Arbeiterklasse in
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nur erkennbar, wenn wir sie an
ihrer welthistorischen Rolle messen, in unserer Betrachtung dem dialekti-
schen Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem entsprechen. Denn die
nationale Mission der Arbeiterklasse eines jeden Landes leitet sich stets
aus dem welthistorischen Auftrag dieser Klasse ab: Als inhärenter Be-
standteil des Weltproletariats, geführt von ihrer marxistisch-leninistischen
Partei und verbündet mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten,
fällt ihr die Aufgabe zu, dem weltgeschichtlichen Fortschritt im eigenen
Volke zum Siege zu verhelfen. Ausgehend von den allgemein gültigen
Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen
Aufbaus, der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der
sozialistischen Staaten, vor allem der KPdSU und der Sowjetunion, sowie
der Erforschung der Geschichte des eigenen Volkes und seiner Arbeiter-
klasse hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nicht nur die Ziele

und Wege konkret erarbeitet, die zur Entwicklung und Festigung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates führten, sondern dadurch wesentlich an der Stärkung des sozialistischen Weltsystems und ganz besonders der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der Positionen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung mitgewirkt.

Eine zentrale Kategorie der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft ist der gesellschaftliche Fortschritt. Unsere Historiographie geht davon aus, daß die gesellschaftliche Entwicklung fortschreitenden Charakter besitzt und jede gesetzmäßige Etappe dieser Entwicklung eine relativ höhere Stufe darstellt als die vorangegangenen. Im Fortschritt offenbart sich die Dialektik von Erhaltung und Erneuerung, wobei die Erneuerung die Vergangenheit bewahrt und sie dabei übertrifft.

Der gesellschaftliche Fortschritt ist nur an Maßstäben zu beurteilen, die dem dialektischen Verhältnis von Welt- und Nationalgeschichte entsprechen. Übertreffende historische Ereignisse gewannen immer weltgeschichtliche Bedeutung. Bekanntlich haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus mehr als einmal die herausragende Stellung der französischen Revolution für den Fortschritt der ganzen Menschheit betont. Erinnert sei nur an die Einschätzung, die Karl Marx am 15. Dezember 1848 – also während der bürgerlichen Revolution in Deutschland – in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ traf. Indem er zunächst den „europäischen Stil“ der Revolution hervorhob, was übrigens auch für die englische von 1648 zutraf, vom Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung sprach, schlußfolgerte er sodann: „Diese Revolutionen drückten mehr noch die Bedürfnisse der damaligen Welt als der Weltausschnitte aus, in denen sie vorfielen, Englands und Frankreichs.“ Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hingegen nimmt in der Geschichte nicht nur den Platz eines säkularen Ereignisses ein, sie veränderte grundlegend die weltgeschichtliche Perspektive, indem sie die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft abschloß und der Menschheit eine dem Wesen nach gemeinsame Zukunft eröffnete.

Deshalb gehört zu den ausschlaggebenden konzeptionellen Ausgangspunkten auch unseres nationalen Geschichtsbildes die Erkenntnis, daß im Sinne der internationalen historischen Mission der Arbeiterklasse die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Errichtung des ersten Staates der

Arbeiter und Bauern in Rußland den bisherigen Höhepunkt menschlicher Geschichte bildet. Konsequenterweise setzen wir alle wesentlichen Ereignisse und Prozesse der allgemeinen und nationalen Geschichte in Beziehung zur Herausbildung der ersten sozialistischen Gesellschaft. Sie wurde zum Kriterium des höchsten gesellschaftlichen Fortschritts und damit zum Ziel des Klassenkampfes der internationalen Arbeiterbewegung. Denn es war stets das Ziel des Kampfes der progressiven und werktätigen Klassen und Schichten, die überlebten Gesellschaftsformationen zu überwinden und die nächsthöhere zu errichten. Im Gegensatz zur bürgerlichen Historiographie, die bekanntermaßen eine Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses prinzipiell bestreitet und von dieser Position zu einer Verneinung der inneren Einheit der Weltgeschichte kommen muß, ist für den Marxismus-Leninismus die gesetzmäßige Aufeinanderfolge bestimmter Entwicklungsstadien in der Geschichte und die Einheit der ökonomischen und ideologischen Erscheinungen jeder gegebenen historischen Gesellschaft ein Grundprinzip, das durch die Lehre von den Gesellschaftsformationen zur Allgemeinheit wird.

Gerade die marxistisch-leninistische Auffassung von den Gesellschaftsformationen ist ja die entscheidende methodologische Basis für die Periodisierung der Weltgeschichte und die These von der Einheit der Menschheitsgeschichte, die die Mannigfaltigkeit der konkreten Gesellschaften und Kulturen in enger Wechselwirkung miteinander verknüpft.

Der Begriff der Gesellschaftsformation, die zentrale Kategorie des historischen Materialismus, enthält die Erkenntnis von der gesellschaftlichen Entwicklung als eines objektiven gesetzmäßigen Prozesses und die Lehre vom Klassenkampf sowie von Staat und Revolution.

Wir können die sozialökonomische Gesellschaftsformation als Einheit aller ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse in einer bestimmten Entwicklungsetappe der menschlichen Gesellschaft, als die organische Einheit der Produktionsweise und der aus ihr resultierenden Formen des Überbaus und damit im Sinne des oben erwähnten Fortschritts als eine gesetzmäßige Stufe der weltgeschichtlichen Aufwärtsentwicklung charakterisieren. Sie verkörpert sowohl die Kontinuität des fortsschreitenden historischen Prozesses als auch seine Diskontinuität. Die Einheit der ökonomischen, politischen und ideologischen Prozesse, d. h. die Universalität der Grundgesetze der historischen Entwicklung, die eine gewisse Wiederholbar-

keit bei verschiedenen auf ein und derselben Entwicklungsstufe befindlichen Gesellschaften bedingt, schließt jedoch keineswegs die Vielfalt der konkreten Gesellschaften, die wechselseitige Abhängigkeit und des gegenseitigen Zusammenhangs der verschiedenen sozialen Organismen, Kulturen und Zivilisationen aus. Vielmehr setzt sich die Universalität der Grundgesetze unter bestimmten konkret-historischen Bedingungen erst durch. Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat stets den welthistorischen Prozeß in seiner inneren Einheit betrachtet. Im Verlauf der Oktoberrevolution wurden alle allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sichtbar, die sich unter den konkreten russischen Bedingungen durchsetzten. Diese Besonderheiten stellen keineswegs die weltgeschichtliche Allgemeingültigkeit der Oktoberrevolution in Frage, sondern ermöglichen im Gegenteil erst die Anwendbarkeit ihrer Lehren im Sinne des ursprünglichen und beispielhaften Modells.

Die spezifischen russischen Verhältnisse spielten somit eine nicht zu unterschätzende Rolle, aber die Ursachen der Revolution allein in ihnen zu sehen, hieße den Blick an der Wirklichkeit, an der historischen Gesetzmäßigkeit vorbeirichten. Die Verhältnisse Rußlands widerspiegeln in ihren konkreten Besonderheiten die wesentlichen Grundfragen des weltweiten Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten sowie der national unterdrückten Völker gegen den Imperialismus.

Die sozialistische Oktoberrevolution war Ausdruck der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu Beginn unseres Jahrhunderts. Ihr allgemeingültiger Inhalt besteht vor allem darin, daß sie, nachdem sie den Kapitalismus gestürzt und Rußland den Weg zum Sozialismus geebnet hatte, den ersten Schritt bei der Lösung dieser welthistorischen Aufgabe tat.

Eine weitere Tat von welthistorischer Bedeutung war der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und seine Verbündeten. Zugleich leitete dieser Sieg eine neue Etappe des revolutionären Weltprozesses ein, dessen wichtigstes Merkmal der Übergang einer Reihe weiterer Völker zum Sozialismus und vor allem die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems gewesen ist. Der Verlauf der gesetzmäßig folgenden Revolutionen in den Ländern Ost- und Südosteuropas sowie Asiens wurde in ganz entscheidendem Maße dadurch geprägt, daß die Sowjetunion diese Entwick-

lung ganz unmittelbar im Geiste des proletarischen Internationalismus unterstützen konnte. Bestandteil dieser neuen Welle von Revolutionen war die revolutionäre Umwälzung im östlichen Teil Deutschlands, die mit der Beseitigung der Überreste des Imperialismus und dessen Wurzeln begann und über die Herausbildung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, d. h. zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und konsequenterweise zum Aufbau des Sozialismus führte. Diese tiefgreifende und in unserer Geschichte erstmals erfolgreiche revolutionäre Umwälzung war von Anfang an das gemeinsame Werk der sowjetischen und deutschen Arbeiterklasse. Die Mission der Sowjetunion war mit der militärischen Niederwerfung des Hitlerfaschismus nicht beendet. Als Zentrum der sozialistischen Weltrevolution, als führende Kraft der internationalen Arbeiterbewegung, als erster sozialistischer Staat in der Geschichte der Menschheit, leistete die Sowjetunion getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus ökonomische, politische, ideologische und militärische Unterstützung. Diese Hilfe der Sowjetunion entsprach voll und ganz den konkreten Bedingungen und Erfordernissen des Klassenkampfes, der immer ein weltweiter gewesen ist und der immer darauf gerichtet war und sein wird, wo immer nur möglich dem Imperialismus eine Niederlage beizubringen. Es ging hier nicht um einen „Export der Revolution“ und schon gar nicht um die Erweiterung der Machtansprüche aus Gründen des Hegemoniestrebens oder gar aus imperialistischen Ambitionen, wie die Gegner des Sozialismus das so gerne propagieren. Der Lauf der Geschichte und im Einklang mit ihm der Leninismus erhoben diese Verpflichtung, so wie in unseren Tagen die Notwendigkeit uneingeschränkt fortbesteht, entsprechend den gegenwärtigen historischen Bedingungen den Klassenkampf gegen den Imperialismus zu führen. Insofern darf man sagen, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik das gesetzmäßige Ergebnis des Kampfes der deutschen und internationalen Arbeiterklasse, an deren Spitze die KPdSU steht, gewesen ist. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik errangen die Kräfte des Sozialismus im Brennpunkt der Klassenauseinandersetzung zwischen den beiden gegensätzlichen Weltsystemen einen Erfolg von größter historischer Tragweite. Deshalb ist es nur logisch und entspricht den nationalen und internationalen Interessen, wenn die Deutsche Demokratische Republik von Anfang an ein fester Bestandteil der

sozialistischen Gemeinschaft geworden und untrennbar mit dem Gedeihen des Weltsozialismus unter Führung der Sowjetunion verbunden ist.

Im antifaschistisch-demokratischen Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. 6. 1945 waren die historisch notwendigen Aufgaben völlig in Übereinstimmung mit dem Charakter unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus formuliert. Der zwangsläufig zu beschreitende antifaschistisch-demokratische Weg entsprach den Interessen unseres ganzen Volkes. Unzweifelhaft gab es in dieser Etappe der Nachkriegsgeschichte nur eine Alternative: entweder antifaschistisch-demokratische Umgestaltung unter Führung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Partei oder Restauration unter Führung der Bourgeoisie, d. h. der imperialistischen Kräfte, die unser Volk schon zweimal in die Katastrophe geführt hatten. Wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei im Osten Deutschlands solche revolutionären Veränderungen in Angriff nahm, die in ganz Deutschland auf der Tagesordnung standen, so wurden damit nicht nur die Grundlagen für eine neue gesellschaftliche Ordnung im Osten Deutschlands, sondern für die Errichtung einer neuen Gesellschaft in ganz Deutschland geschaffen. Es muß auch an dieser Stelle wiederholt werden:

KPD und SED haben immer wieder versucht, einen friedlichen demokratischen Staat auf dem gesamten deutschen Territorium zu schaffen, während der Westzonenseparatismus der führenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker um Adenauer und Schumacher, unterstützt von den imperialistischen Westmächten, zur Restauration drängte. Zugleich aber entsprach es der Spezifik der Nachkriegsentwicklung, daß trotz zahlreicher Versuche, ganz Deutschland auf den Weg der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu führen, daß trotz langen Festhaltens an diesem strategischen Ziel, sich der Entwicklungsprozeß in der Sowjetischen Besatzungszone, den allgemeinsten Gesetzmäßigkeiten in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus folgend, vollzog. Selbstverständlich hatte die gesamtdeutsche strategische Orientierung einen Einfluß auf das Tempo, die Taktik und Methoden dieses Kampfes und führte sicherlich auch zur verspäteten Einführung einiger wichtiger Maßnahmen, wie beispielsweise der einer wissenschaftlich begründeten Volkswirtschaftsplanung. Aber die Tatsache, daß wir auf unserem Territorium immer davon ausgingen, der Spaltung entgegenzuwirken, konnte und durfte uns nicht davon abhalten, die

notwendigen Schritte nach vorn zu tun, die den Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Prozesses entsprachen. So mußte die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten eindeutig und zwingend die Machtfrage zu ihren Gunsten entscheiden.

Die Entstehung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik vollzog sich in einem einheitlichen, revolutionären, gesetzmäßigen und kontinuierlichen Prozeß, indem es darum ging, den Kampf um die Demokratie mit dem Ringen um den Sozialismus zu verbinden und gleichzeitig den Kampf gegen den Imperialismus zu führen. In unserer Epoche leitet ein erfolgreicher Kampf um die Demokratie ganz objektiv immer den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Das gilt für jeden kapitalistischen Staat, denn es entspricht dem Wesen unserer Zeit. Wenn wir ganz bewußt die Einheitlichkeit des revolutionären Prozesses unterstreichen, dann bedeutet das nicht, daß wir damit die unterschiedlichen Stufen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ignorieren wollen. In den meisten volksdemokratischen Ländern gab es zwei qualitativ verschiedene Etappen des Kampfes, denen eine differenzierte Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Partei entsprach, nämlich die demokratische und die sozialistische Etappe. Und wir wissen aus der Geschichte, wie eng die Verflechtung zwischen allgemein-demokratischen und sozialistischen Zielen und Aufgaben gewesen ist. Wir hatten in der Deutschen Demokratischen Republik den Staat und die Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern zu säubern und mußten die Zerschlagung der alten bürgerlich-imperialistischen Staatsmaschinerie im jahrelangen Kampf vollenden. Wir haben mit allen Schwierigkeiten, die das mit sich brachte, demokratische Selbstverwaltungen der revolutionären Diktatur der Arbeiter und Bauern aufgebaut, die bereits Keimformen der Diktatur des Proletariats gewesen sind. Die demokratische Schulreform war durchzusetzen und das bürgerliche Bildungsprivileg zu zerbrechen. Die Universitäten wurden für die Kinder der Arbeiter und Bauern und für eine humanistische und dem sozialen Fortschritt zugewandte Wissenschaft geöffnet, wodurch erst die Heranbildung einer neuen, dem Sozialismus verbundenen Intelligenz möglich war. Wir haben um die Herausbildung und Festigung der sozialistischen Ideologie in allen Bereichen unserer Gesellschaft gerungen. Aber entscheidend für unsere Entwicklung war, daß sich die Staatsmacht mehr

und mehr in den Händen der geeinten Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei befand. Und mit der Entstehung und Festigung des volkseigenen Sektors und der Entwicklung der Wirtschaftsplanung entstanden die sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit das Wirken neuer ökonomischer Gesetze. Bis zum Frühjahr 1948 waren alle entscheidenden Probleme der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gelöst, womit wir auch einer Verpflichtung des Potsdamer Abkommens entsprachen. Wir konnten aber an diesem Punkt, wie wir bereits gesagt haben, nicht stehenbleiben, sondern mußten nunmehr die Elemente des Sozialismus stärken und alle ideologischen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus schaffen. Angesichts der dialektischen Verflechtung demokratischer und sozialistischer Aufgaben kann man aber die Zäsur zwischen diesen Etappen nicht aus sich selbst heraus erklären. Wenn die beiden Etappen der Revolution, nämlich die antifaschistisch-demokratische und die sozialistische, miteinander so eng verflochten sind, dann kann man den Übergang nicht starr festlegen, sondern muß die gesamte Entwicklung als *einen* Prozeß, als einen einheitlichen revolutionären Prozeß ansehen. Bekanntlich hat schon Lenin vor den Versuchen gewarnt, künstlich eine Mauer zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution zu errichten. Wenden wir dieses methodologische Prinzip auf unsere Entwicklung an, so muß man in diesem Zusammenhang besonders auf den subjektiven Faktor, auf den Reifegrad der Arbeiterklasse hindeuten. Dieser äußerte sich vor allem in der Herausbildung der geeinten Partei zur Partei neuen Typus, die die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats errichtete und somit den revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in seine sozialistische Etappe einleitete. Wenn aber mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im wesentlichen und primär auf der Grundlage innerer Gesetzmäßigkeiten die Diktatur des Proletariats, d. h. die politische Macht der Arbeiterklasse, errichtet wurde, dann ist der Oktober 1949 tatsächlich die entscheidende Zäsur.

Wer immer diesen historischen Prozeß theoretisch zu erfassen sucht, darf darüber nicht vergessen, welche Kämpfe sich in unserem Lande vollzogen. Was haben unsere Feinde nicht alles unternommen, um diesen Staat, den sie diffamierend „Pankow“, Ostzone, Mitteldeutschland, SED-Regime,

Ulbricht-Staat und ähnlich nannten, zu vernichten. Gewalt, Mord, Sabotage, massenhafte Abwerbung, Embargos, Erpressungen, permanente Kriegsdrohungen und eine Flut ideologischer und juristischer Aggressionen waren die keineswegs wählerischen Mittel, mit denen wir in die Knie gezwungen werden sollten. Jene Doktrin, der Walter Hallstein seinen Namen geliehen hatte, und die zum Inbegriff der Alleinvertretungsanmaßung geworden war, sollte uns der internationalen Ächtung für alle Zeit bis zum Anschluß an die BRD aussetzen. Mag vieles von dem auch mittlerweile schon Historie sein, die Quellen, aus denen das floß, sind keineswegs versiegt.

Wir sind stärker geworden, die Welt hat sich verändert, der Sozialismus ist vorangeschritten, deshalb und nur deshalb konnten sich auf Seiten unserer Gegner realistische Positionen durchsetzen. Zu glauben, der Imperialismus habe seinen Charakter geändert, wäre ein folgenschwerer Irrtum, den wir uns – auch das sei eindeutig gesagt – niemals leisten. Aber wir sollten auch niemals vergessen. Sicher, wir haben gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderstaaten stets die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als die einzige Möglichkeit realer Politik vertreten. Vieles ist auch erreicht worden, wofür die internationale Position der DDR ein beredtes Beispiel ist. Aber die Tatsache, daß wir nahezu 30 Jahre des Friedens in Europa erleben durften, ist doch weder ein Himmels Geschenk noch auf die Friedfertigkeit jener militärischen Gruppierung zurückzuführen, die unter der Flagge der NATO, diesem Produkt einer Zeit des kalten Krieges, das zypriotische Volk zu vergewaltigen sich anschickte und dabei sich selber in die Haare kriegte. Erfolge im Inneren und in der Außenpolitik sind uns niemals in den Schoß gefallen. Wir mußten sie uns erringen, nicht selten auch unter Entbehrungen und Opfern, immer aber in der Gemeinschaft der sozialistischen Völkerfamilie, die uns Kraft gab, gibt und geben wird! Alles das widerspiegelt sich auch in unserer Universität. Sie war stets Teil dieses Klassenkampfes, von dem wir gesprochen haben. Unsere Hochschulreformen waren Bestandteile der revolutionären Entwicklung. Niemand kann doch bestreiten, daß und wie hart bisweilen der Kampf war, den wir gegen überholte Vorstellungen, gegen das alte bürgerliche Bildungsprivileg, gegen Störaktionen und Boykottversuche gegnerischer Kräfte führen mußten. Wir haben den Charakter unserer

Universität in dem Maße verändern können, wie sich unsere Republik veränderte. Ohne jede Selbstüberhebung sei festgestellt, in der 555jährigen Geschichte unserer Universität spielen die hinter uns liegenden 25 Jahre eben eine solche Rolle, wie das seit dem 7. Oktober 1949 nunmehr zu Ende gehende Vierteljahrhundert unserer Republik in der Geschichte unseres Volkes. Wir sind voll und ganz eine Lehr- und Forschungsstätte unserer sozialistischen Gesellschaft geworden. Das ist die Position, von der aus wir auch unsere internationale Zusammenarbeit gestaltet haben und weiterhin gestalten werden. In diesem Geiste, unserem historischen Auftrag verpflichtet, werden wir auch im 26. Jahr der Republik der Verantwortung gerecht, wie sie uns durch die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED auferlegt worden ist. Dabei verkörpern wir auch bewußt unsere positiven Traditionen und pflegen die unseres ganzen Volkes und insbesondere die der revolutionären Arbeiterklasse.

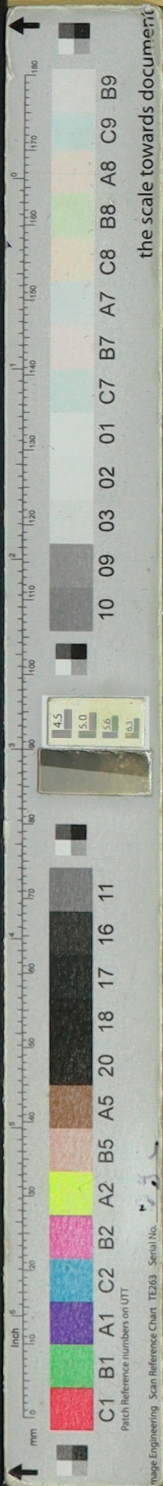
Wir besitzen als Staat nicht nur solide politisch-machtmäßige und ökonomische Fundamente, sondern ein großes historisches revolutionäres Erbe. Ob es die kämpfenden Bauern vor nahezu 450 Jahren gewesen sind oder jene deutschen Jakobiner, die den Aufbruch des bürgerlichen Zeitalters früher als alle damals in Deutschland Herrschenden begriffen oder jene Freiheitskämpfer gegen den Usurpator Napoleon: sie alle gehören zu unserer Tradition. Die Kämpfer in der 48er Revolution nicht minder als jene, die die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie begründeten und natürlich ganz besonders jene, die den Weg zu einer leninistischen Partei wiesen, die erst zum Vollstrecker der neuen Epoche in der Weltgeschichte werden konnte. Die Deutsche Demokratische Republik vereinigt also in sich die hervorragenden revolutionären Traditionen unseres Volkes und ist zugleich, entsprechend den Gesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts, die Zukunft. Bürger dieses Staates zu sein, erfüllt uns daher mit Stolz und Freude, aber auch mit dem verpflichtenden Gefühl, alles zu seiner weiteren Stärkung tun zu müssen.

4. 03. 77



Universitäts
Bibliothek
Rostock

[https://purl.uni-rostock.de
/rosdok/ppn1817334506/phys_0019](https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817334506/phys_0019)



hnlich nannten, zu vernichten. Gewalt, Mord, Sabo-
Abwerbung, Embargos, Erpressungen, permanente
eine Flut ideologischer und juristischer Aggressionen
wählerischen Mittel, mit denen wir in die Knie ge-
ten. Jene Doktrin, der Walter Hallstein seinen Na-
und die zum Inbegriff der Alleinvertretungsanmaßung
uns der internationalen Ächtung für alle Zeit bis
BRD aussetzen. Mag vieles von dem auch mittler-
sein, die Quellen, aus denen das floß, sind keineswegs

worden, die Welt hat sich verändert, der Sozialismus
deshalb und nur deshalb konnten sich auf Seiten
stische Positionen durchsetzen. Zu glauben, der Impe-
Charakter geändert, wäre ein folgenschwerer Irrtum,
das sei eindeutig gesagt – niemals leisten. Aber wir
vergessen. Sicher, wir haben gemeinsam mit der So-
anderen sozialistischen Bruderstaaten stets die Prinzi-
Koexistenz als die einzige Möglichkeit realer Politik
auch erreicht worden, wofür die internationale Posi-
redtes Beispiel ist. Aber die Tatsache, daß wir nahezu
ns in Europa verleben durften, ist doch weder ein
h auf die Friedfertigkeit jener militärischen Gruppie-
die unter der Flagge der NATO, diesem Produkt
Krieges, das zypriotische Volk zu vergewaltigen sich
sich selber in die Haare kriegte. Erfolge im Inneren
tik sind uns niemals in den Schoß gefallen. Wir muß-
nicht selten auch unter Entbehrungen und Opfern, im-
meinschaft der sozialistischen Völkerfamilie, die uns
eben wird! Alles das widerspiegelt sich auch in unse-
ar stets Teil dieses Klassenkampfes, von dem wir ge-
ere Hochschulreformen waren Bestandteile der revo-
ng. Niemand kann doch bestreiten, daß und wie hart
war, den wir gegen überholte Vorstellungen, gegen
Bildungsprivileg, gegen Störaktionen und Boykottver-
äfte führen mußten. Wir haben den Charakter unserer